

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 178. Ratssitzung vom 13. Dezember 2017

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. a. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.
b. Die Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2018 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 24 206 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2018 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2018 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2018, Entwurf des Stadtrats vom 13.09.2017
- Produktegruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 13.09.2017
- Novemberbrief vom 09.11.2017
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2017
- Anträge der RPK vom 04.12.2017, einschliesslich Übersicht über die mit dem

2 / 13

Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Walter Angst (AL)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3581/2017–3588/2017)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/313, Beschluss-Nr. 3580/2017.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es handelt sich um einen tabellarischen Antrag. Mit ihm verfolgen wir das kontinuierliche Ziel, die Kosten auf der Personalwerbungsseite in bestimmte Bahnen zu lenken. Die Ausgabenposten sollen in das digitale Zeitalter überführt werden. Konkret bedeutet das eine Umstellung von Print auf Online. Es gibt aber noch gut begründete Ausnahmen, wo es erwiesenermassen mit Inseraten in Fachzeitschriften eine bessere Response gibt. Weiter wollen wir einen defensiven Ansatz von Assessments. Wie bereits im Postulat 2016/433 an der letztjährigen Budgetdebatte gefordert wurde, sollen externe Assessments erst ab der Stufe Dienstchef eingesetzt werden. Drittens sollen externe Stellenvermittlungsdienstleistungen nur sehr zurückhalten dort eingesetzt werden, wo ein Fachkräftemangel existiert und nicht mit einer direkten Rekrutierung besetzt werden kann. Wir haben die Entwicklung auf den Konti der Dienstabteilung auch dieses Jahr wieder sehr genau geprüft und durften sehr erfreut feststellen, dass die Verwaltung den Auftrag des letzten Jahres grossmehrheitlich aufgenommen hat. Bei den Konti, bei denen letztes Jahr Kürzungen gemacht wurden, wurden diese in der Regel übernommen. Das widerspiegelt sich deutlich in der nun halb so langen Tabelle des Antrags und darin, dass der Betrag von 240 000 Franken weniger als der Hälfte des letztjährigen Betrags entspricht. Wir sind guten Mutes, dass mit der Fortsetzung dieses Pfads nächstes Jahr auf dem Konto eventuell gar keine Tabelle mehr nötig sein wird.*

Walter Angst (AL): *Mein einziger Wunsch wäre, dass die SVP ihre Anträge auch als Tabelle stellen würde, was uns die Arbeit sehr erleichtern würde. Den Zielsetzungen des Antrags können wir zustimmen, wir bleiben aber beim Nein.*

Preis, respektive der gesamte Gesamtbetrag, reduziert werden kann. Hier sehen wir ein durchaus grosses Potenzial in vielen Dienstabteilungen. Im diesjährigen Tabellenantrag haben wir in den meisten Fällen Kürzungen unter zehn Prozent ausgestaltet und sind entsprechend der Meinung, dass das sehr gut erreicht werden kann. Wir erhoffen ein leicht erhöhtes Bewusstsein für diese Kosten und dass man sich beispielsweise fragt, ob ein Email-Anhang nun wirklich ausgedruckt werden muss. Eine detaillierte Auswertungsmöglichkeit auf Stufe Dienstabteilung ist sehr wünschenswert, damit die Steuerung gezielter erfolgen kann.

Walter Angst (AL): *Ich erwarte, dass Zettel an die Drucker geklebt werden: «Bitte nicht drucken». Ich sehe wenig Wirkung, auch hat das wenig Einfluss auf das Budget.*

Raphaël Tschanz (FDP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3537/2017): Bei dem Postulat handelt es sich um etwas Technisches. Bis jetzt kann man die Klicks nur auf der Stufe der Dienstabteilung abrechnen. Hierbei handelt es sich um einen Kritikpunkt der früheren Jahre: Wer sparsam umgeht und wenig druckt, wird bestraft. Das geschieht, wenn innerhalb der Dienstabteilung eine Organisationseinheit sparsam ist, ohne dass dies auffällt, weil alle Organisationseinheiten zusammengefasst werden. Wenn die Klicks auf der Stufe der Organisationseinheiten ausgewiesen werden, erhalten diese einen Anreiz, sparsam mit den Druckkosten umzugehen, beziehungsweise werden die, die sparsam damit umgehen, nicht mehr bestraft. Der Antrag steht ausserdem im Sinne des Auftrags der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Druckpreise, die Energiekosten und der Papierverbrauch werden gesenkt. Deshalb verstehe ich nicht, dass das Postulat von STR Daniel Leupi abgelehnt wird.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Umsetzung des Postulats würde zusätzliche 350 000 Franken an die Programmierungskosten bedeuten, die nur für rund drei Jahre eingesetzt werden können. Das ist beim jetzigen Auftrag nicht vorgesehen. Dieses Geld müsste innerhalb von drei Jahren abgeschrieben werden, was aus unserer Sicht keinen Sinn macht; auch nicht für eine Scheingenauigkeit, weil Fotokopien, Ausdruck via USB-Stick und Weiteres trotzdem nicht genau zugeordnet werden können. Der Streubereich liegt hier bei rund zwanzig Prozent. Wenn man das will, macht es Sinn, den Auftrag für die nächste Ausschreibung zu geben, damit das von Anfang an berücksichtigt werden kann. Ausserdem sank der Papierverbrauch bereits um zwanzig Prozent, eine massive Einsparung ist bereits geschehen.*

S. --	10 3101 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit
002.	Antrag Stadtrat				Stimmen Präsident Walter Angst (AL) Referent

361 000

Mehrheit

Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Keine Reserven einplanen, bei Bedarf ZK stellen. Höhere Klickpreise teilweise kompensieren; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3101 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten					GLP/FDP
Keine Reserven einplanen, bei Bedarf Zusatzkredit stellen, höhere Klickpreise teilweise kompensieren					
Insti- tution	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1070	Betreibungsämter	248 700	0	30 000	218 700
1501	Kultur	416 900	0	20 000	396 900
1505	Stadtentwicklung	90 000	0	25 000	65 000
1565	Stadtarchiv	30 000	0	10 000	20 000
2021	Liegenschaftenverwaltung	97 000	0	11 000	86 000
2520	Stadtpolizei	510 000	0	20 000	490 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	36 000	0	10 000	26 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	80 800	0	10 000	70 800
3515	Tiefbauamt	189 700	0	20 000	169 700
3535	ERZ, Abwasser	343 800	0	30 000	313 800
3550	ERZ, Abfall	424 500	0	20 000	404 500
3555	ERZ, Fernwärme	124 500	0	20 000	104 500
3560	ERZ, Stadtreinigung	132 200	0	20 000	112 200
4000	HBD Zentrale Verwaltung	305 000	0	30 000	275 000
4525	Wasserversorgung	249 000	0	30 000	219 000
5010	Schulamt	331 900	0	20 000	311 900
5063	Fachschule Viventa	82 400	0	10 000	72 400
5550	Soziale Dienste	455 000	0	15 000	440 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	176 800	0	10 000	166 800
	Total	4 324 200	0	361 000	3 963 200

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 113 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Es handelt sich um einen eigentlichen Platzhalterantrag. Wasser, Energie und Heizmaterialien – wir erinnern an die, die dafür waren, dass das Produkt der Energie, zum Beispiel der Elektrizität, in ein höherwertiges Produkt des EWZ

wechselln soll. Der entsprechende Kostensprung würde konservativ geschätzt etwa 3,26 Millionen Franken betragen. Das geht in die Betriebsbuchhaltungen hinein. Beispielsweise bei den Immobilien der Stadt Zürich macht bei der Verwaltung die Verbesserung 1,367 Millionen Franken, bei den Schulen 100 000 Franken aus. Das kann man fast nicht glauben, es wird mehr sein. In der Summe der Verbesserungen ergibt sich eine erquickliche Grössenordnung. Interessant sind auch die städtischen Gesundheitsbetriebe, wozu der Betrieb der Stadtspitäler und einige Pflege- und Altersheime gehören. Dort wird eine Verbesserung von 2000 Franken ausgewiesen, auch das müsste besser sein. Man müsste genau anschauen, was die detaillierten Kostensprünge nach oben ausmacht. Dafür steht diese Platzhalterdiskussion, sie fällt in den Betriebsbuchhaltungen beispielsweise in den Stadtspitälern an und hat schliesslich eine Wirkung auf die Kosten, die wir tragen und die in das Budget gesetzt wurden.

Walter Angst (AL): *Es ist nicht so, dass die städtischen Gesundheitsbetriebe die Spitäler oder Pflegeheime heizen. Bei den Gewerbe-Immobilien kauft die Liegenschaftsverwaltung auch nicht weniger Öl ein, um das ShopVile zu heizen. Eine Wirkung wird mit diesem Antrag nicht erreicht.*

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): *Bei der von Roger Tognella (FDP) erwähnten Rechnung wurde auf das Budget 2017 zurückgegriffen, jedoch nicht berücksichtigt, dass die Stadt bereits Öko-Strom bezieht. Der Öko-Strom kostet etwa zwei Millionen Franken mehr, das wurde aber bereits vor vielen Jahren eingeführt.*

Roger Tognella (FDP): *Es geht um die Ökostrom-Produkte. Die Leitungen wurden alle gelegt. Der Kostensprung wird von der Mehrheit telquel hingenommen, ihr ist es das wert. Dementsprechend fallen aber die Kosten an. Das alleine ist eine Diskussion wert: Wenn Produkte teurer eingekauft werden, ohne, dass man das müsste – nur, weil man sich dann besser fühlt.*

S. --	10 3120 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Wasser, Energie und Heizmaterialien			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		3 263 200		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Zurück auf Budget 2017; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle	

3120 0000 Wasser, Energie und Heizmaterialien					FDP
Zurück auf Budget 2017					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	367 700	0	48 700	319 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 446 000	0	361 000	2 085 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	80 500	0	2 000	78 500
3535	ERZ, Abwasser	5 593 300	0	816 500	4 776 800
4540	Verkehrsbetriebe	20 833 300	0	567 500	20 265 800
3120 0100 Wasser, Energie und Heizung: Verwaltung					
4040	Immobilien Stadt Zürich	16 893 500	0	1 367 500	15 526 000
3120 0200 Wasser, Energie und Heizung: Schule					
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 200 000	0	100 000	1 100 000
	Total	47 414 300	0	3 263 200	44 151 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 005.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): Der Antrag hat auch mit dem letztjährigen zu tun, bei dem die Fragestellung der Reise- und Spesenentschädigungen des Personals ebenfalls betrachtet wurde. Wir waren der Ansicht, dass man ein Jahr später die Beträge nicht erhöhen muss. Wir beantragen, dass wir zurück zum Budget 2017 gehen und die Budgetkürzung, die der Gemeinderat damals veranlasste, in den künftigen Jahren umgesetzt wird. Eine Anpassung am Antrag möchte ich, abgesprochen mit den anderen Mitgliedern der Minderheit, noch ausführen. Das Stadtrichteramt: Diese 21 200 Franken würden wir zurückziehen, weil es dort eine Fehlverbuchung in den Vorjahren gab. Fehlverbuchungen möchten wir in Zukunft nicht weiterführen.

Walter Angst (AL): Nachdem das Stadtrichteramt wegfällt, bleibt noch beim ERZ, Abwasser und ERZ, Abfall etwas hängen, auf das Ergebnis hat das keinen Einfluss: Das kann man machen, aber es bringt nichts.

8 / 13

S. --	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		180 700		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Zurück auf Budget 2017; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3170 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals					FDP	
Zurück auf Budget 2017						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu	
1560	Statistik Stadt Zürich	18 000	0	3 000	15 000	
2015	Finanzverwaltung	29 800	6 000	6 000	29 800	
3535	ERZ, Abwasser	228 500	0	46 700	181 800	
3550	ERZ, Abfall	264 000	0	51 500	212 500	
3555	ERZ, Fernwärme	33 000	0	6 000	27 000	
4015	Amt für Städtebau	110 000	0	29 000	81 000	
5063	Fachschule Viventa	40 300	0	17 300	23 000	
	Total	723 600	6 000	159 500	570 100	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 006.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): In der Vergangenheit haben wir vermehrt über die IT-Budgets diskutiert, was zu einer Plafonierung der Ausgaben bei der OIZ führte. Bei den Dienstabteilungen haben wir aber festgestellt, dass keine Koordination stattfindet, was wir bedauern. Die Ausgaben werden immer viel höher budgetiert als die Zielplafonierung vorsieht. Darum stellten wir diesbezüglich, voraussichtlich zum letzten Mal, einen Antrag, um die Ausgaben auf das Niveau des Plafonds herunter zu bringen. Ein Schönheitsfehler blieb im Rahmen der Budgetierung in den Gesprächen enthalten: Bei der OIZ wurden 1,3 Millionen Franken gekürzt, was nicht zwingend gemacht werden musste, aber im Sinne des Mehrheitsantrags beschlossen wurde. Insbesondere möchte ich darauf hinweisen,

dass wir sehr begrüßen, wie im Sozialdepartement vorgegangen wurde: Nachdem sie die Anträge gesehen haben, gruppieren sie um und reduzierten. Beim Beantragten handelt es sich nun um das, was das Sozialdepartement braucht. Wenn die anderen Departemente ähnlich vorgehen würden, käme es zu Budgetübertragungen. Das wäre unser Ziel, auch dass entsprechende Budgetübertragungen mit den ZK beantragt werden sollen. Wenn das bei der OIZ nicht anderweitig kompensiert werden kann, dann kommt es allenfalls zu einer Budgeterhöhung.

Felix Moser (Grüne): *Was uns bei diesem Antrag vor allem stört, ist, was Walter Angst (AL) als Schönheitsfehler bezeichnet. Seit Jahren verlangte man, dass die IT bei der OIZ plafoniert wird. Seit das aber der Fall ist, will bei der OIZ wieder gekürzt werden. Der vorhandene Plafond ist zwar eingehalten, aber es wird signalisiert, dass das nicht ausreicht.*

Weitere Wortmeldung:

Dorothea Frei (SP): *Die SP hält es für falsch, dass die OIZ abgestraft wird, obwohl sie eine Disziplin hinlegt und auch gut begründet hat, warum sie in diesem Jahr wieder ein wenig mehr Geld benötigt. Es handelt sich um SAP-Anpassungen an HRM2, eine Vorgabe des Kantons. Zweitens geht es uns um die Statistik Stadt Zürich, vielleicht ebenfalls ein Schönheitsfehler. Es gibt eine neue Bundesvorgabe: Das Register der neuen Wohnungen und Gebäude muss erneuert werden. Das jetzige System ist im Unterhalt sehr teuer und soll deshalb abgelöst werden, auch weil die neuen Anforderungen des Bundes mit der alten Software nicht erfüllt werden können. Die Kürzung wird wahrscheinlich nicht zu Geldeinsparungen führen und das Unterhaltskonto wird zunehmen, wenn es nicht abgelöst werden kann. Aber die Statistik Zürich wird auch nicht in der Lage sein, die Daten über die Wohnungen und Gebäude anderen Dienstabteilungen zur Verfügung zu stellen, die damit ihre hoheitlichen Aufgaben erfüllen müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Mehrheit des Parlaments verhält sich widersprüchlich: Digitalisierung und Effizienzgewinn wird verlangt, aber wenn die Dienstabteilungen das nutzen möchten, werden diese Mittel gekürzt. Bei der OIZ stört es mich speziell, dass sie den langjährigen Wunsch, das Budget stabil zu halten, bereits im dritten Jahr eingehalten hat – trotzdem muss sie Kürzungen erfahren.*

S. --	10 3189 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
006.	Antrag Stadtrat			gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit
					Stimmen
					Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

3 511 300

Mehrheit

Präsident Walter Angst
(AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer
(FDP), Shaibal Roy (GLP),
Peter Schick (SVP),
Christian Traber (CVP),
Raphaël Tschanz (FDP),
Stefan Urech (SVP)

Begründung: Reduktion des budgetierten IT-Aufwands durch Priorisierung von Projekten. Für zwingende Projekte kann mit ZK I/2018 Kreditübertragung beantragt werden; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter						AL
Reduktion des budgetierten IT-Aufwands durch Priorisierung von Projekten. Für zwingende Projekte kann mit ZK I/2018 Kreditübertragung beantragt werden.						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu	
1020	Stadtkanzlei	720 000	0	72 000	648 000	
1560	Statistik Stadt Zürich	1 200 000	0	120 000	1 080 000	
2021	Liegenschaftenverwaltung	1 477 000	0	147 700	1 329 300	
2050	Human Resources Management	415 400	0	41 500	373 900	
2080	Organisation und Informatik	26 533 900	0	1 326 700	25 207 200	
2520	Stadtpolizei	2 777 000	0	277 700	2 499 300	
2525	Stadtrichteramt	566 000	0	56 600	509 400	
2550	Schutz und Rettung	2 348 000	0	234 800	2 113 200	
3010	Städtische Gesundheitsdienste	540 000	0	54 000	486 000	
3535	ERZ, Abwasser	1 240 000	0	124 000	1 116 000	
3550	ERZ, Abfall	963 000	0	96 300	866 700	
4000	HBD Zentrale Verwaltung	805 000	0	80 500	724 500	
4015	Amt für Städtebau	495 000	0	49 500	445 500	
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 900 000	0	290 000	2 610 000	
5510	Support Sozialdepartement	1 350 000	0	230 000	1 120 000	
3112 0000 Anschaffungen IT-Anlagen Hardware						
5510	Support Sozialdepartement	200 000	0	180 000	20 000	
3113 0000 Anschaffungen IT-Anlagen Software						
5510	Support Sozialdepartement	350 000	0	130 000	220 000	
Total		44 880 300	0	3 511 300	41 369 000	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): Wir stellen einen Kürzungsantrag von 55 000 Franken auf 300 000 Franken. Das letztjährige Budget lag bei 270 000 Franken, die Rechnung 2016 bei 189 000 Franken, die Rechnung 2015 bei 199 000 Franken und im Jahr vorher unter 100 000 Franken. Auf der Position Dienstleistungen Dritter befinden verschiedenste Aufwendungen, das verschiebt sich jedes Jahr. Die deutliche Erhöhung auf 355 000 Franken stört uns. Die Aufgaben müssen priorisiert werden, so dass die immer noch hohen 300 000 Franken erreicht werden können.

Dorothea Frei (SP): Der Antrag wurde von Dr. Claudia Cuche-Curti gut begründet: Die Geschäftsberichte sollen digitalisiert und in digitalisierter Form zur Verfügung gestellt werden. Ausserdem soll das Layout der Stadt Zürich von der Verwaltung vereinheitlicht und aktualisiert werden.

S. 102	10 1020 3180 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat			55 000	355 000	Mehrheit Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					300 000	Minderheit Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Nur moderate Erhöhung, Priorisierung der Aufgaben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 008.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): Es geht darum, das Budget realitätsnah darzustellen. Selbstverständlich wird jeweils das Maximum in das Budget eingetragen, das schliesslich aber nicht ausgeschöpft wird. Das beobachten wir seit Jahren insbesondere beim Personalaufwand. Er entsprach in der Rechnung 2016 47,7 Millionen Franken, 25,9 Millionen Franken davon entsprachen dem Lohnaufwand. Der Mehrheit geht es darum, eine realistischere Budgetierung zu schaffen. Der Stadtrat argumentierte, dass er keinen solchen Pauschalabzug tätigte und dass das heute bereits in den Dienstabteilungen eingepreist wurde. Allerdings bekamen wir bei den Nachfragen, wie sich das auswirke, nicht den Eindruck, dass dem so ist. Trotzdem glauben wir daran, dass gewisse Anstrengungen gemacht wurden, weshalb wir nur die Hälfte des Lohnaufwandes 2016 als Pauschalantrag einsetzen. Damit wollen wir das Budget um rund 13 Millionen Franken näher an die Wahrheit führen.

Walter Angst (AL): Diese Methode des angeblich ausgeglichenen Budgets bringt überhaupt nichts. Die Finanzverwaltung möchte nicht auf diese Weise budgetieren.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP stimmt auch in diesem Jahr der Nichtausschöpfung zu. Der bewilligte Stellenplafond wird nicht ausgeschöpft und diesen Betrag entfernen wir. Die 13 Millionen Franken fehlen dort, wo Stellenwerte bewilligt sind und effektiv das Vollzeitäquivalent ausgenutzt wird. Uns konnte nicht plausibel und belegend erklärt werden, wie der Pauschalabzug früher effektiv in den Dienstabteilungen heruntergebrochen und umgesetzt wurde. Der gestrichene Betrag entspricht einer Nichtausschöpfung, wenn die Ausschöpfung der bewilligten Stellenwerte tatsächlich erfolgen sollte, würden wir das entsprechend wieder bewilligen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat kann mit dem Antrag leben. Aber die Erwartungshaltung, dass wir noch feiner budgetieren sollen, ist nicht realistisch. Es sind annähernd 30 000 Stellen vorhanden, das Personalbudget liegt bei über 2 Milliarden Franken. Auch wegen den Unwägbarkeiten ist es überhaupt nicht realistisch, zu glauben und zu erwarten, dass die zuständigen Leute das noch genauer machen oder dass wir auf den Franken genau budgetieren können. Gegen diese Erwartungshaltung erteile ich eine klare Absage. Wir akzeptieren aber die pauschale Kürzung.

13 / 13

S. 108 **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
1060 **Gesamtverwaltung**
3010 0801 **Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit
		12 950 000		-12 950 000	Mehrheit

Präsident Walter Angst (AL) Referent
Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent,
Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Abzug der Hälfte Delta Personalaufwand zwischen Budget 2016 und Rechnung 2016

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 179, Beschluss-Nr. 3589/2017).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat